

CONV 221/02

NEW VERSION

CONTRIB 76

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: **Beitrag des Europäischen Bürgerbeauftragten Herrn Jacob Söderman:
"Vorschläge für Vertragsänderungen"**

Der Generalsekretär des Konvents hat den in der Anlage wiedergegebenen Beitrag des Europäischen Bürgerbeauftragten Herrn Jacob Smderman erhalten.

1. VORSCHLÄGE DES EUROPÄISCHEN BÜRGERBEAUFTRAGTEN FÜR VERTRAGSÄNDERUNGEN

Am 24. und 25. Juni 2002 legte der Europäische Bürgerbeauftragte dem Europäischen Konvent Vorschläge zu folgenden Themen vor:

- Grundrechte
- Kapitel zu Rechtsmitteln
- Europäisches Verwaltungsrecht
- Netzwerk von nationalen Bürgerbeauftragten und Organen, die mit Petitionen befasst sind

Die Reden des Europäischen Bürgerbeauftragten können auf seiner Webseite unter folgender Adresse abgerufen werden:

<http://www.euro-ombudsman.eu.int/speeches/en/default.htm>.

Die vorliegende Mitteilung enthält Entwürfe für neue oder geänderte Vertragsbestimmungen zur Umsetzung der vom Europäischen Bürgerbeauftragten vorgelegten Vorschläge.

Der Konvent könnte Änderungen der Struktur der Verträge vorschlagen. Daher können die Stellen, an denen die vorgeschlagenen Bestimmungen jeweils einzufügen sind, noch nicht endgültig bestimmt werden. Verweise auf bestehende Artikel des EG-Vertrags sind mit eckigen Klammern versehen. Des Weiteren wäre für den Fall, dass die bestehende „Säulen“-Struktur der Union überarbeitet oder abgeschafft werden sollte, eine Überarbeitung der Entwürfe notwendig.

1.1. 1 Grundrechte und Menschenrechte

1.1.1. Vorgeschlagener Text:

Artikel ?

Grundrechte und Menschenrechte

1 Die Bestimmungen der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sind für die Organe und Institutionen der Gemeinschaft sowie für die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des Gemeinschaftsrechts verbindlich.

2 Die Gemeinschaft kann nach Maßgabe der [in Artikel 300 EG-Vertrag] festgelegten Verfahren internationalen Übereinkünften zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte beitreten. Die damit eingegangenen Verpflichtungen sind für die Organe und Institutionen der Gemeinschaft sowie für die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des Gemeinschaftsrechts verbindlich.

3 Wenn der Europäische Bürgerbeauftragte nach Durchführung einer Untersuchung gemäß [Artikel 195 EG-Vertrag] der Meinung ist, dass ein Mitgliedstaat oder ein Organ oder eine Institution der Gemeinschaft ein nach dem Gemeinschaftsrecht verbindliches Grund- oder Menschenrecht missachtet, kann er den Gerichtshof anrufen.

1.1.2. Bemerkungen:

Diese Bestimmung stützt sich auf die bestehende Säulenstruktur der Union und könnte in den Ersten Teil (Grundsätze) des EG-Vertrags aufgenommen werden. Daher bezieht er sich auch in Absatz 1, der auf Artikel 51 der Charta beruht, eher auf das Gemeinschaftsrecht und weniger auf das Unionsrecht.

Für den Fall der Abschaffung der Säulenstruktur der Union könnte diese Bestimmung mit dem jetzigen Artikel 6 des Unionsvertrags zusammengefasst werden.

Für den Fall, dass der Konvent einen Verfassungsvertrag vorschlägt, sollte dieser eine überarbeitete Version dieser Bestimmung enthalten.

Eine neue, dem Absatz 3 entsprechende Bestimmung wäre ebenfalls in den Abschnitt des EG-Vertrags zum Gerichtshof aufzunehmen.

1.2. 2 Kapitel zu Rechtsmitteln

1.2.1. Vorgeschlagener Text:

***KAPITEL ?
RECHTSMITTEL***

Artikel a

Allgemeine Grundsätze

1 Zum Schutz der durch das Gemeinschaftsrecht garantierten Rechte, einschließlich der Grund- und Menschenrechte, stehen jedermann die folgenden Rechtsmittel gemäß der in diesem Kapitel enthaltenen Bestimmungen offen:

- Möglichkeit der Klage bei einem zuständigen Gericht**
- Petitionsrecht beim Europäischen Parlament und Möglichkeit der Beschwerde beim Europäischen Bürgerbeauftragten**
- Petitionsrecht bei einem gesetzgebenden Organ oder Möglichkeit der Beschwerde bei einem Bürgerbeauftragten in jedem Mitgliedstaat.**

Artikel b

Gerichtliche Rechtsbehelfe

1 Natürliche und juristische Personen können beim Europäischen Gerichtshof nach [Artikel 230, 232 und 235 EG-Vertrag] Klage gegen die Gemeinschaft und ihre Organe und Institutionen erheben.

2 Natürliche und juristische Personen haben Anspruch auf wirksamen Schutz der ihnen nach dem Gemeinschaftsrecht zustehenden Rechte seitens der nationalen Gerichte. Zum Schutz dieser Rechte können sie bei nationalen Gerichten gegen öffentliche Einrichtungen der Mitgliedstaaten und andere natürliche und juristische Personen Klage erheben.

Der Gerichtshof entscheidet im Wege der Vorabentscheidung in Fragen des Gemeinschaftsrechts, die ihm von Gerichten der Mitgliedstaaten nach [Artikel 234 EG-Vertrag] vorgelegt werden.

Artikel c

Petitionsrecht beim Europäischen Parlament

1 Jeder Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat besitzt das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament nach [Artikel 194 EG-Vertrag].

2 Auf Ersuchen des Europäischen Parlaments wirkt die Europäische Kommission unter Anwendung der im Hinblick auf [Artikel 226 EG-Vertrag] angewandten Verfahren bei der Bearbeitung von Petitionen betreffend mögliche Verstöße von Mitgliedstaaten gegen das Gemeinschaftsrecht mit.

Artikel d

Bürgerbeauftragte und mit Petitionen befasste Organe

1 Jeder Unionsbürger und jede natürliche oder juristische Person mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat kann nach [Artikel 195 EG-Vertrag] beim Europäischen Bürgerbeauftragten Beschwerde über Missstände in der Verwaltungstätigkeit der Organe und Institutionen der Gemeinschaft einlegen.

2 Jeder Unionsbürger und jede natürliche oder juristische Person mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat kann bei einem unabhängigen Bürgerbeauftragten oder einer unabhängigen Einrichtung, die sich mit Petitionen befaßt,

Beschwerde über Missstände bei der Anwendung des Gemeinschaftsrechts durch die öffentlichen Einrichtungen eines Mitgliedstaates einlegen. Wenn in dem Mitgliedstaat kein Bürgerbeauftragter oder keine entsprechende Einrichtung, die sich mit Petitionen befaßt, dafür zuständig ist, sich mit der Sache zu befassen, kann die Beschwerde an den Europäischen Bürgerbeauftragten gerichtet werden.

Der Europäische Bürgerbeauftragte kann Fragen, die Grundrechte oder Menschenrechte betreffen, nach [Artikel über Grundrechte und Menschenrechte, s. oben Abschnitt 1] dem Gerichtshof vorlegen.

1.2.2. Bemerkungen:

Für den Fall, dass der Konvent einen Verfassungsvertrag vorschlägt, sollte dieses Kapitel dort aufgenommen werden. Soll das Kapitel in den bestehenden EG-Vertrag aufgenommen werden, sollte es in den Ersten Teil (Grundsätze) eingeordnet werden.

Für den Fall, dass Artikel c und d angenommen werden, wäre es nicht notwendig, den Verweis auf das Petitionsrecht und den Europäischen Bürgerbeauftragten im jetzigen Artikel 21 EG-Vertrag beizubehalten. In Abschnitt 3 weiter unten wird vorgeschlagen, diese Bestandteile von Artikel 21 durch Bestimmungen bezüglich des Rechts auf gute Verwaltung zu ersetzen.

Bei Absatz 2 von Artikel d handelt es sich um eine Mindestanforderung: Die Bestimmung schließt nicht aus, dass einem Bürgerbeauftragten oder einer mit Petitionen befassten Einrichtung durch das einzelstaatliche Recht ein weiter gefasstes Mandat verliehen wird.

1.3. 3 Das Europäische Verwaltungsrecht

1.3.1. Vorgeschlagener Text:

Die Organe und Institutionen der Gemeinschaft üben ihre Tätigkeit in Übereinstimmung mit dem Recht auf gute Verwaltung aus. Die von den Organen und Institutionen der Gemeinschaft und ihren Bediensteten zu befolgenden Grundsätze guter Verwaltungspraxis werden vom Rat gemäß dem in [Artikel 251 EG-Vertrag] bezeichneten Verfahren binnen einen Jahres nach Inkrafttreten des Vertrags von [...] festgelegt.

1.3.2. Bemerkungen:

Diese Bestimmung könnte in den Zweiten Teil des EG-Vertrags (Unionsbürgerschaft) eingegliedert werden, möglicherweise als Ersatz für die ersten beiden Absätze des jetzigen Artikels 21. Alternativ könnte sie auch in den Ersten (Grundsätze) oder den Fünften Teil (Organe) des Vertrags aufgenommen werden.

Angesichts der bereits geleisteten Arbeit im Bereich des Europäischen Kodex für gute

Verwaltungspraxis, dem das Europäische Parlament am 6. September 2001 zugestimmt hat, erscheint die vorgeschlagene Frist von einem Jahr angemessen.

1.4. 4 Netzwerk von nationalen Bürgerbeauftragten und Einrichtungen, die mit Petitionen befasst sind

1.4.1. Vorgeschlagener Text:

[Artikel 195]

(...)

4 Der Europäische Bürgerbeauftragte und die nationalen Bürgerbeauftragten und Einrichtungen, die mit Petitionen befasst sind, arbeiten unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit vertrauensvoll zusammen.

5 Ein Bürgerbeauftragter oder eine mit Petitionen befasste Einrichtung in einem Mitgliedstaat kann einen Fall, der gemeinschaftsrechtliche Grundrechtsfragen berührt, an den Europäischen Bürgerbeauftragten weiterleiten. Solche Beschwerden können direkt an den Europäischen Bürgerbeauftragten gerichtet werden, wenn in einem Mitgliedstaat kein Bürgerbeauftragter oder keine mit Petitionen befasste Einrichtung zuständig ist.

(...)

1.4.2. Bemerkungen:

Der jetzige Absatz 4 von Artikel 195 EG würde zu Absatz 6 werden.

Straßburg, 12. Juli 2002

Jacob Söderman
